



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 48. Ratssitzung vom 24. Mai 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/143, 2023/148 und 2023/149

1817. 2023/143

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 22.03.2023: Sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/143, 2023/148 und 2023/149.

***Heidi Egger (SP)** begründet die Dringliche Motion GR Nr. 2023/143 (vergleiche Beschluss-Nr. 1576/2023): Die Passerelle an der Thurgauerstrasse ist ein endloses Thema. Jeder der zahlreichen Vorstösse zu einer möglichen Überquerung wurde abgelehnt. Im Dezember 2022 erklärte STR Simone Brander in einem Informationstraktandum, wie gefährlich der Schulweg sei und dass Kindergärtner*innen nicht fähig seien, die Thurgauerstrasse zu queren. Trotzdem wurde das Geld von uns wieder aus dem Budget gestrichen. Mitte Dezember 2022 verstarb ein Junge unter tragischen Umständen auf dem Weg in den Kindergarten. Seither kann nicht mehr gegen Verkehrsmassnahmen argumentiert werden. Ein sicherer Schulweg wurde schon immer gefordert, doch nun traut man sich nicht mehr zu sagen, dass die Kinder einfach lernen müssten, über eine Strasse mit Lichtsignal zu gehen. Wichtig ist, dass an der Thurgauerstrasse eine Passerelle gebaut wird. Die vorstossenden Fraktionen bitten den Stadtrat, diese Passerelle zu bauen, aber weiterhin nach sicheren, ebenerdigen Querungen zu suchen. Auch wenn auf den Strassen mit 30 Stundenkilometern gefahren wird, können die Trams auf dem Trassee 50 Stundenkilometer fahren. Die Trampilot*innen sehen die Kinder nicht. Dafür könnten Barrieren für alle fünf Überquerungen eine Lösung sein – eine Passerelle würde nur an einer Stelle stehen. Weil wir fordern, dass andere Quermöglichkeiten geprüft werden, soll die Passerelle provisorisch sein. Der Bau und der Rückbau sollen im Budget enthalten sein. Die beste Variante soll gewählt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Simone Brander:** Ich werde die Ablehnung durch den Stadtrat begründen und mich zu den anderen beiden Postulaten äussern. Der Stadtrat ist froh, dass Einigkeit darüber herrscht, dass es an der Thurgauerstrasse einen Übergang braucht, damit die Schul- und Kindergartenkinder die Strassenseiten sicher wechseln können. Darüber, wie der Übergang aussehen soll, gehen die Meinungen auseinander. Die Ausgangslage*



ist, dass links und rechts der Thurgauerstrasse im Endausbau rund 1300 Schulkinder aller Altersstufen wohnen werden. Die Schulraumplanung des Schul- und Sportdepartements (SSD) rechnet damit, dass täglich sieben bis acht Klassen, also rund 150 Kindergarten- und Schulkinder, die Thurgauerstrasse auch zu Freizeit Zwecken überqueren müssen. Dass wir eine sichere Querung dieser Strasse anbieten müssen, steht ausser Frage. Mit Ausnahme zweier Knotenpunkte hat die Thurgauerstrasse zukünftig nur noch eine Fahrspur pro Richtung, zudem wird das Fahrtempo auf 30 Stundenkilometer gesenkt. Laut den neuesten Projektplänen kommt die Fahrspurreduktion bis Ende des Jahres 2025. Die Situation bleibt für die Kinder trotzdem anspruchsvoll. Die Strasse muss in drei Etappen überquert werden: Fahrbahn – Tram – Fahrbahn. Die Grünphasen der Strasse und des Trams sind nicht synchronisiert. Die jüngsten Kinder können diese Strasse deswegen nicht allein queren. Unser Plan, für die Schulwegsicherung zunächst eine provisorische und anschliessend eine definitive Passerelle zu bauen, wurde von der Gemeinderatsmehrheit abgelehnt. Trotzdem brauchen wir bis zur Eröffnung der Schule Thurgauerstrasse im Herbst 2024 einen sicheren Schulweg für alle Kinder. Aufgrund der Dringlichen Motion und der beiden Dringlichen Postulate, die gleichzeitig behandelt werden, schlägt der Stadtrat einen zweigleisigen Plan vor. Einerseits eine Studie, in der wir wie gefordert den Fächer weit öffnen und verschiedene Optionen prüfen, wie ein sicherer Schulweg für alle Kinder an der Thurgauerstrasse entstehen kann. Untersucht wird bspw. eine andere Zuteilung der Schulkinder auf die Schulen oder ob andere Wege anstelle der Querung in Frage kämen. Untersucht wird zudem, ob die Lichtsignale anders geschaltet werden können. Es ist aber unklar, ob und wann die Studie Ergebnisse bringt. Darum möchte der Stadtrat andererseits die Planung einer provisorischen Passerelle wieder aufnehmen. So können wir die Passerelle rechtzeitig bis zum Schulstart im Herbst 2024 bauen, falls bis dann keine bessere ebenerdige Lösung gefunden werden konnte. Dafür beantragt der Stadtrat einen Nachtragskredit von 150 000 Franken. Aus den erwähnten Gründen lehnt der Stadtrat die Motion ab, ist aber bereit, das Anliegen als Postulat zusammen mit den anderen Postulaten entgegenzunehmen.

Andreas Egli (FDP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2023/148 (vergleiche Beschluss-Nr. 1581/2023): Der Budgetposten für eine provisorische Lösung wurde bekanntlich von einer Ratsmehrheit im Rahmen des Budgets gestrichen, da man der Meinung war, dass es ihn nicht braucht. Es gab kurz darauf einen tragischen Unfall am Escher-Wyss-Platz. Von Verkehrssicherheitsexperten erhielten wir die Rückmeldung, dass mit der Eröffnung des Schulhauses Thurgauerstrasse Schulkinder die Thurgauerstrasse queren müssen. Während die Situation am Escher-Wyss-Platz als gerade noch tauglich beurteilt wurde, war die Aussage für die Thurgauerstrasse «klar untauglich als Schulweg für Kindergärtner und kleine Kinder». Das führte dazu, dass wir in der Fraktion zum Schluss kamen, dass wir etwas machen und einen Wiedererwägungsantrag stellen müssen. Es wurde geschaut, ob wir Mehrheiten finden, aber schliesslich hat fast jede Partei einen Vorstoss eingereicht, um die Thurgauerstrasse für Kleinkinder verkehrstauglich zu machen. Ob es eine provisorische oder definitive Passerelle sein muss, spielt für uns keine Rolle. Der Textänderungsvorschlag der SP verlangt ausdrücklich «provisorische Passerellen oder andere Massnahmen». Momentan muss sicher eine provisorische Passerelle gebaut werden, andere Massnahmen müssen im Hinblick auf



allfällige definitive Passerellen überprüft werden. Die Textänderung werden wir annehmen, da es uns letztlich darum geht, dass der Schulweg bei der Eröffnung des Schulhauses im Jahr 2024 sicher ist. Nun kurz zu den beiden parallellaufenden Vorstössen: Beim Geschäft GR Nr. 2023/143 besteht bereits eine Mehrheit und es braucht unsere Stimmen nicht. Darum enthalten wir uns, weil wir es zu schätzen wissen, dass die Parteien über ihren Schatten gesprungen sind. Dasselbe gilt für GR Nr. 2023/149.

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2023/148: *In diesem Postulat wird der Unfall am Escher-Wyss-Platz hervorgehoben und als Grund angebracht, wieso es an der Thurgauerstrasse die provisorische Passerelle brauche. Diese Gleichsetzung können wir nicht ganz nachvollziehen, wenn es nicht auch an vielen anderen Orten in der Stadt Anpassungen geben soll. Darum lehnen wir das Postulat – im Gegensatz zu unserer Motion – ab.*

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2023/149 (vergleiche Beschluss-Nr. 1582/2023): *Der Unfall am Escher-Wyss-Platz hat gezeigt, dass es wichtigere Dinge gibt, als eine ebenerdige Abstufung der Thurgauerstrasse. Mit diesem Postulat wollen wir uns klar von der FDP abgrenzen, da ein sicherer Schulweg wichtig ist, aber die Strasse auch ebenerdig und sicher für Kinder gequert werden kann. Die von STR Simone Brander genannten Massnahmen sind sinnvolle Ideen, die in Betracht gezogen werden können. Das unterscheidet unser Postulat von jenem der FDP, diese Punkte sollen nicht aus dem Fokus verschwinden. Die Passerelle soll gebaut werden, aber nur für eine klar begrenzte Zeit, damit eine ebenerdige Querung möglich ist. Mit unserem Postulat wird auf dem besten und schnellsten Weg eine Passerelle geschaffen.*

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2023/149: *In der Schule an der Thurgauerstrasse sollen zukünftig sechs Kindergartenklassen unterrichtet werden, von denen einige Kinder die Thurgauerstrasse queren müssen. Auf dieser Strasse stehen drei Arten von Mobilität im Konflikt mit den Fussgängern. Die Motion GR Nr. 2022/143 werden wir sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen. Es ist unverantwortlich, Kleinkinder über eine 20 Meter breite Strasse mit verschiedenen Verkehrsträgern zu schicken. Von einer Barriere halten wir ebenfalls wenig. Eine Passerelle ist eine absolut sichere Querung und wird von der SVP als zielführendste Variante favorisiert. Es braucht keine Studie, sondern eine Passerelle über die Thurgauerstrasse. Ob diese Strasse um zwei Spuren oder das Tempo reduziert wird, entscheidet nicht der Stadtrat, sondern ein anderes Gremium. Die Passerelle entspricht der Forderung der SVP nach Verkehrsentsflechtung und es kann ein architektonischer Mehrwert generiert werden. Das Postulat der FDP GR Nr. 2023/148 nehmen wir unverändert an.*



Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): In der Antwort auf die Motion GR Nr. 2023/143 kündigte der Stadtrat eine breite Auslegeordnung an. Die bisherigen Randbedingungen sollen bewusst hinterfragt werden. Das ist eine positive Entwicklung, da bereits im Jahr 2019 eine Motion von Ann-Catherine Nabholz (GLP) und mir eingereicht wurde, die darstellte, wie man sich die Strasse in Zukunft vorstellt: mit Spurabbau und sicheren, ebenerdigen Querungen. Das Denken aus der Box heraus fand mit der damaligen Weisung nicht statt. Erst nach vier Jahren liegt eine Potentialstudie vor, die durch zwei wesentliche Dinge gekennzeichnet ist: Erstens ist der Spurabbau ungenügend, da die Leistungsfähigkeit der Strasse auf jeden Fall erhalten werden soll. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Fahrspuren auf Kosten der Sicherheit der Kinder zu erhalten. Zweitens: Auch wenn die Massnahmen aus der Potentialstudie umgesetzt werden, gibt es keinen sicheren, ebenerdigen Übergang für Kindergartenkinder. Die Stadt Zürich wächst überall stark und deswegen braucht es ein Bewusstsein dafür, dass eine verdichtete Stadt nicht ein Aneinanderreihen von Hochbauten ist, sondern eine vernetzte und komplexe Stadtentwicklung erfordert. Dieses Bewusstsein scheint mir noch nicht vorhanden zu sein. Mit der Umsetzung sind wir unzufrieden und haben darum eine neue Motion eingereicht. Die Strassen müssen sich den in dieser Stadt lebenden Menschen anpassen. Eine gewisse Weiterentwicklung hat es gegeben, doch der Inhalt der Motion wurde nicht umgesetzt. Für die Übergangsphase sind wir bereit, eine provisorische Passerelle zu akzeptieren. Zudem verstehen wir nicht, wieso es so lange geht, bis Tempo 30 ausgeschrieben wird. Vielleicht sollte generell auf unabhängige Gleiskörper verzichtet werden, da Trams nicht mit 50 km/h durch Wohnquartiere rasen können, ohne Menschen zu gefährden.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wenn für Trams Tempo 30 gelten soll, dann sollte es für alle gelten. Für uns ist es weniger wichtig, wie wir die Thematik lösen, sondern dass schnell eine Lösung gefunden wird. Die Schul- und Kindergartenkinder müssen geschützt werden. Ob die Kinder die Passerelle nutzen werden, kann ich nicht vorhersagen. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt sowohl die Motion als auch die beiden Postulate und lässt die Experten entscheiden.

Sven Sobernheim (GLP): Die eingereichte Motion war in ihren Forderungen klar und wurde vom Stadtrat nur halbherzig umgesetzt. Die Anschlusspunkte der Passerelle wurden von uns aus dem Gestaltungsplan gestrichen, Postulate zur Passerelle abgelehnt und Gelder aus dem Budget gestrichen. Trotzdem empfehle ich, die Motion zu überweisen und die Postulate abzulehnen. Das Hinauszögern durch den Stadtrat resultiert nun in einer provisorischen Passerelle, die eine städtebauliche Sünde darstellt und zeigt, dass wir keine Stadt für Menschen, sondern nur für Autos planen können. Die Motion verlangt eine Stadt, deren Grundsatz ich eigentlich ablehne. Der Stadtrat ist inkonsistent in seiner Meinung, ob Schulkinder die Strasse queren können oder nicht. Ab dem Jahr 2025 queren nur noch Schulkinder die Strasse, da es ab diesem Zeitpunkt in der Wohnsiedlung Leutschenbach 4 Kindergärten gibt und sie die Strasse nicht mehr queren müssen. Eine gute Lösung zu finden wäre ein wichtiges Zeichen für Zürich-Nord, um zu zeigen, dass dort nicht nur verdichtet, sondern auch lebenswert gebaut wird.



Heidi Egger (SP): Ich spreche zu den Postulaten aus Sicht der SP. Beide Vorstösse fordern eine Passerelle – Grüne und AL eine provisorische, die FDP eine fixe. Der Stadtrat soll auch andere Varianten testen können. Für beide Postulate haben wir einen Textänderungsvorschlag. Bei beiden soll zusätzlich zu Passerelle «oder einer anderen geeigneten Massnahme» stehen. Beim Vorstoss der FDP möchten wir zusätzlich das Wort «provisorisch» hinzunehmen. Wenn die Textänderungen angenommen werden, können wir dem Stadtrat drei Vorstösse übergeben. Wieso die AL unsere Motion ablehnt, verstehen wir nicht, da exakt dasselbe gefordert wird.

Moritz Bögli (AL): Es wurde bereits eine Motion mit demselben Inhalt überwiesen, die beim Stadtrat ansteht. Ihm noch mehr Zeit zur Bearbeitung zu geben, sehen wir nicht ein. Die Textänderung lehnen wir ab, da der Stadtrat nicht irgendetwas machen soll.

Andreas Egli (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: Es muss für uns nicht unbedingt eine Passerelle sein und es ist in Ordnung, wenn sie provisorisch ist. Dass es eine braucht, ist klar, da nichts anderes in dieser kurzen Zeit machbar ist. Die heute eingereichte Motion wird an diesem Umstand nichts ändern, besonders wenn bereits eine besteht. Die Stadt ist an die kantonale Verfassung gebunden. Die Passerelle ist kein Selbstzweck und wenn es bessere Optionen gibt, dann muss dort kein neues Bauwerk stehen. Der Fokus muss darauf liegen, dass die Thurgauerstrasse von Schulklassen überquert werden muss, auch im Hinblick auf die geplanten Veloschnellstrassen.

Derek Richter (SVP): Von Provisorien hält die SVP wenig. Laut Artikel 142 der Kantonsverfassung sind wir an die Leistungsfähigkeit der Thurgauerstrasse gebunden und das Tram wird dort weiterhin mit Maximalgeschwindigkeit verkehren. Die Lösung ist der Zusammenschluss der Glatttal- und Glattparkstrasse. Im kantonalen Richtplan ist die Verbindung eingetragen und mit dieser könnte man die Thurgauer- und Schaffhauserstrasse entlasten und herunterklassieren. Für solche Lösungsansätze sind Sie aber nicht offen. Sämtliche besprochenen Vorstösse werden wir ablehnen.

Heidi Egger (SP) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Natürlich wird die Motion weiterhin als solche übergeben.

Martina Zürcher (FDP): Als Mutter eines jungen Kindes möchte ich auf die Vorredner reagieren. Zu Sven Sobernheim (GLP): Die jüngsten Schulkinder sind beim Eintritt in die Schule gerade mal 6 Jahre und zwei Wochen alt. Die können nicht problemlos eine solche Strasse überqueren. Kinder machen auch nicht immer genau das, was man ihnen beibringt, auch wenn sie älter sind. Das kennen die Elternteile dieses Rats bestimmt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich habe nicht gesagt, dass Schulkinder die Strasse problemlos überqueren können, sondern dass der Stadtrat aktuell diese Meinung hat oder es zumindest den Anschein macht. Nur bei Kindergartenkindern war immer klar, wie der Stadtrat sie einstuft.

Reto Brüesch (SVP): Ich unterstütze, was Martina Zürcher (FDP) sagte. Mein Sohn wuchs an der Thurgauerstrasse auf, sie ist eine gefährliche Strasse. Eine Passerelle ist



6 / 7

ein sicherer Weg, aber ob sie von den Kindern genutzt wird, ist eine andere Sache.

Walter Angst (AL): *In diesem Fall braucht es eine Übergangslösung, damit die Kinder die Strasse passieren können, bis die Strasse herunterklassiert wurde.*

Die Dringliche Motion wird mit 76 gegen 19 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1818. 2023/148

Dringliches Postulat von Andreas Egli (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 22.03.2023:

Passerelle zur sicheren Querung der Thurgauerstrasse für Kindergarten- und Schulkinder

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/143, Beschluss-Nr. 1817/2023.

Andreas Egli (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1581/2023).

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Heidi Egger (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Thurgauerstrasse mittels einer provisorischen Passerelle oder einer anderen geeigneten Massnahme zur Querung namentlich für Kindergärtler und Schulkinder spätestens auf den Beginn des Schuljahres 2024 sicherer gemacht werden kann.

Andreas Egli (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 79 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

1819. 2023/149

Dringliches Postulat von Moritz Bögli (AL), Felix Moser (Grüne) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:

Realisierung einer sicheren Querung der Thurgauerstrasse mittels einer provisorischen Passerelle bis zur Umsetzung einer sicheren ebenerdigen Querung für die Schulkinder

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/143, Beschluss-Nr. 1818/2023.

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1582/2023).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 31 gegen 65 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat